

Erscheint täglich außer Sonntagen.  
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis  
beide Ausgaben 88 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.  
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile  
80 M., Reklamezeile 3 M. Ermäßigung en nach Tarif.  
Bezugskonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,  
Berlin Nr. 27 536. — Der Verlag behält sich das  
Recht der Abrechnung nicht genehmter Anzeigen vor!

## Fünf Todesurteile beantragt

### Vor dem Ende des Moskauer-Prozesses

Moskau, 7. März.

Der oberste Staatsanwalt Krylenko beantragte am Freitag nach einer 5 1/2 stündigen Rede gegen die Angeklagten, Grzman, Tcher, Jakubowitsch, Ginsburg und Suchanow die Todesstrafe. Gegen die übrigen neun Angeklagten beantragte er hohe Gefängnisstrafen. Die Strafanträge wurden von den zahlreichen Zuhörern mit Beifall aufgenommen.

Die Fällung des Urteils wird in der Nacht vom Sonntag zum Montag erwartet.

Staatsanwalt Krylenko hielt nach Schluß der „Beweisannahme“ eine Anklagerede von über fünf Stunden Dauer. Er betonte, der

### Schweizer Unglücksreviere.

Zwei Bergleute durch Sprengschuß getötet, fünf verletzt.

Schweizer, 7. März.

Heute früh gegen 5 Uhr ereignete sich auf Grube Mariadorf ein schweres Grubenunglück. Eine Bauarbeitergruppe von sieben Mann war beim Abtragen des Sourenmondschichtes mit dem Einsetzen eines Ringes beschäftigt. Dabei schlug ein Arbeiter mit der Spitzhacke in einen festgebliebenen Sprengschuß. Der Schuß explodierte und zwei Arbeiter wurden getötet. Die übrigen fünf wurden zum Teil schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Prozess liefere den Beweis dafür, daß die Menschewiki nach Unterbrechung des offenen Kampfes gegen die Sowjetmacht zu den neuen Kampfmethoden bürgerlicher Gegenrevolution, zu Schädlingearbeit und Interventionen vorberbeitung zwecks Aufrichtung des Kapitalismus in der Sowjetunion übergegangen seien. Der von den Menschewiki mit der Industriepartei geschlossene Block habe auf offene Diktatur der Bourgeoisie und auf den bolschewistischen Umsturz hingezielt. Die auf der Anklagebank sitzenden verdienten Kämpfer der russischen Sozialdemokratie seien in vollstem Maße fähig, die Bedeutung der durch sie geführten gegenrevolutionären Arbeit zu beurteilen. Nach Verlesung eines Schreibens Banderowides an den Volkskommissar der Sowjetunion im Namen der Zweiten Internationale, das die Solidarität der zweiten Internationale mit der Tätigkeit der russischen Sozialdemokratie zum Ausdruck bringt, erklärte Krylenko, daß dieses Schreiben der beste Beweis dafür sei, daß die Verantwortung der verbrecherischen Tätigkeit der gegenrevolutionären Organisation der Menschewiki auch auf die Zweite Internationale fällt. In den Taten der Angeklagten unterscheidet Krylenko in der Hauptsache

fünf Verbrechen:

1. Anstreben einer Wiederaufrichtung des Kapitalismus in der Sowjetunion, Abschluß eines politischen Blocks mit der gegenrevolutionären Industriepartei und Empfang materieller Mittel von ihr zur Durchführung der verbrecherischen Tätigkeit, Desorganisation der wirtschaftlichen Pläne und Organisation des Hungers, Vorbereitung einer Intervention und schließlich Verrat an den Interessen des Proletariats. Der Staatsanwalt betonte mit Nachdruck, alle Angeklagten hätten vollkommen bestätigt, daß sie derartige Ziele verfolgten und daß sie die von der Auslandsdelegation der Menschewiki erhaltenen Direktiven praktisch verwirklichten, und stellte fest, daß die Hauptmacht der Verantwortung für die Taten der Angeklagten

auf der Auslandsdelegation und der Zweiten Internationale laste.

Krylenko beschäftigte sich dann mit dem Block des Unionsbüros, der Industriepartei und der sogenannten wertmäßigen Bauernpartei und erklärte, daß die Schaffung dieses Blocks in einer Sonderberatung unter dem Vorsitz Kalinnikoffs, eines Mitglieds des Zentralkomitees der Industriepartei, beschlossen wurde, in der auch die Rollen der drei gegenrevolutionären Gruppen genau verteilt wurden. Zwischen dem Unionsbüro und der Industriepartei wurde ein Abkommen geschlossen, daß nach Auffassung der Menschewiki nach dem Sturz der Sowjetmacht ein Minimum an politischen Freiheiten garantieren sollte, und zwar sollten die Menschewiki Miliztruppen bilden, die an dem Zustand nicht teilnehmen, aber ihn ermöglichen sollten, und unmittelbar nach dem Zustand sogenannte demokratische Freiheiten erhandeln.

(Weiteres siehe 2. Seite.)

## Berlin-Gesetz im Landtag

Letzte Aussprache vor der Entscheidung

Der Preussische Landtag begann heute vormittag mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes über die „vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts für die Hauptstadt Berlin“.

Abg. Hirsch (Soz.)

als Berichterstatter geht zunächst auf die Vorgeschichte des Entwurfs ein. Gegen das ursprünglich im Mai 1930 von der Regierung eingebrachte Selbstverwaltungs-Gesetz hätten sich sehr starke Bedenken geltend gemacht. Einmal sei die Vorwegnahme gewisser Regelungen nur für Berlin allein vor Berücksichtigung des allgemeinen Selbstverwaltungs-Gesetzes nicht zu empfehlen gewesen. Dann habe man sich gegen die sogenannte Allmacht des Oberbürgermeisters gewendet und schließlich auch gegen die geplante Vornahme von Neuwahlen der Stadtverordnetenversammlung.

Die Regierung hat diesen Bedenken Rechnung getragen. Im Januar d. J. hat im Ausschuss Innenminister Severing erklärt, daß er ein allgemeines Selbstverwaltungs-Gesetz in absehbarer Zeit nicht vorlegen könne. Dennoch sei die

schleunige Reform der Berliner Gemeindeverfassung geboten.

Er erklärte sich aber bereit, den Abschluß des Entwurfes über Staatsaufsicht fallen zu lassen. Dagegen müsse er aber entscheidendes Gewicht auf die Beibehaltung des Einkammersystems legen. Als das wichtigste hatte die Regierung die Funktion des Gemeindevorstandes als Exekutivorgan vorgezogen. Dann erklärte sich die Regierung noch bereit, von Neuwahlen in dieser unruhigen und nervösen Zeit abzusehen. Als Berichterstatter habe er sich diese Anregungen in Anträgen zu eigen gemacht. Dann aber nahmen

### Bischöfe gegen Hitlerei.

Erklärung der Kölner Bischöfe gegen die Nazis.

Köln, 7. März.

In der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichten die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Die Erwartung, daß es den Führern der Hitler-Bewegung bald gelingen werde, ihre Ziele und Grundzüge so zu entwickeln und so zu klären, daß sie zu begründeten Mißverständnissen oder zu Bedenken bei gläubigen Katholiken keinen Anlaß mehr gäben, hätten sich nicht erfüllt, ebensowenig auch die Hoffnung, daß manches Besorgniserregende im Auftreten nationalsozialistischer Vertreter, nicht zuletzt in der Sprache ihrer Presseorgane, sich als vorübergehende Erscheinung erweisen würde. Auch die Stellungnahme der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns hätte die verantwortlichen Führer der Bewegung nicht dazu vermocht, die der katholischen Glaubens- und Sittenlehre widersprechenden Kundgebungen aus ihren eigenen Reihen klar und eindeutig abzulehnen.

Deshalb rufen die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz die ihnen unterstellten Gläubigen mit aller Eindringlichkeit zu neuem ernstem Besinnen auf. Niemand dürfe man sich, auch nicht im Kampf gegen Unrecht, Unwahrheit und Gewalttat, zu Formen der Abwehr hinreichend lassen, die mit den christlichen Sittengeboten nicht vereinbar seien.

Die Erklärung ist unterzeichnet von Kardinal Schulte und den Bischöfen von Münster, Osnabrück, Trier und Limburg.

### Hitler-Banden mißhandeln Priester.

Köln, 7. März. (Eigenbericht.)

Am Freitagabend wurde eine Zentrumsversammlung im katholischen Vereinshaus in Köln-Bravussied von Nationalsozialisten überfallen. Ein katholischer Geistlicher, der über „Sowjetisten und Hakenkreuz“ sprechen sollte, und der Versammlungsleiter wurden erheblich verletzt. Neun Versammlungsbesucher wurden leicht verletzt. In dem Saal ist kein Stuhl ganz geblieben. Selbst ein Marienbild wurde vollkommen zerstört und auch die Kronleuchter mußten davon glauben. Ein Ueberfallkommando konnte jedoch nur noch einen der Beschädigten festnehmen.

die Verhandlungen im Ausschuss einen eigenartigen Verlauf. Der Ausschuss stellte sich weder auf den Boden des Regierungsentwurfes noch auf den der Anträge des Berichterstatters. Er beschloß eine Novelle zum geltenden Gesetz von 1920. Diese sah die Magistratsverfassung vor, einen Magistrat aus nur besoldeten Mitgliedern, dann neben Magistrat und Stadtverordnetenversammlung die Einschaltung eines Ausschusses unter Vorsitz des Stadtverordnetenvorsethers und die nichtöffentliche Tagung der Bezirksversammlungen unter Vorsitz der Bezirksbürgermeister.

Schließlich wurde dann durch erneute Verhandlungen zwischen Regierung und Koalitionsparteien der

vorliegende Entwurf als Kompromiß

gefunden. Daneben bleiben die in Betracht kommenden Bestimmungen der Städteordnung und des Gesetzes vom 27. April 1920 bestehen. Der Magistrat soll nach dem neuen Gesetz aus dem Oberbürgermeister, zwei Bürgermeistern, neun besoldeten und sechs unbesoldeten Stadträten bestehen. Die Stellung des Oberbürgermeisters wird insofern wesentlich verhärtet, als ihm die gesamte Exekution übertragen wird. In das Zweikammersystem der Magistratsverfassung wird neu der Stadteingemeindeausschuss eingeschaltet, der aus 45 Stadtverordneten bestehen soll und unter Vorsitz des Oberbürgermeisters alle Vorlagen der laufenden Verwaltung beschließt. Dieser Stadteingemeindeausschuss tagt nicht öffentlich. Dadurch soll die Arbeitsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gewährleistet werden. In der Verfassung der Bezirke soll es keine wesentlichen Neuerungen geben. Aber die Bezirksversammlungen sollen künftig nicht öffentlich und unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters tagen. Als Berichterstatter empfiehlt Abg. Hirsch die Annahme des Entwurfes. Die Debatte eröffnet

Abg. Dr. Lohmann (Soz.)

zehn Jahre sind für das Leben einer Verfassung eine kurze Zeit. Darum sind auch die Urteile über Wert oder Unwert des Groß-Berlin-Gesetzes vom April 1920 so verschieden. Unter normalen Verhältnissen wäre eine längere Bewährungsfrist nötig. Aber in den jetzigen außergewöhnlichen Zeiten hat der überwiegende Teil der Öffentlichkeit und der Presse eine Reform der Berliner Verwaltung dringend gefordert. Wir kennen die Gründe der Verdrößerung: Leerlauf der Verwaltung, unnützes Hin und Her zwischen den Bezirken und der Zentrale, Notwendigkeit vielfacher Beschlüsse selbst in einfachen Sachen. (Sehr wahr!) Die Magistratsverfassung bringt an sich die Gefahr der Verlangsamung mit sich; die verwickelten Parteiverhältnisse Berlins haben die Schwierigkeiten noch erhöht. Die Beteiligung möglichst vieler Instanzen erschien den Verfassern des Groß-Berlin-Gesetzes als beste Garantie einmütigen Zusammenwirkens; aber sie wurde erreicht auf Kosten der Schnelligkeit und Billigkeit der Verwaltung. Dazu kam der ständige Mißbrauch des parlamentarischen Teils der Stadtverwaltung, die Radikalen, die Flut der Anträge, die unfruchtbaren Diskussionen, mit denen die Kommunisten begonnen und an die sich die Nationalsozialisten harmonisch angeschlossen haben. (Seitert und Zustimmung!) Da sich die

Selbstverwaltung dieser Schädlinge nicht mehr erwehren

kann, müssen wir ihr zu Hilfe kommen. Trotzdem sind wir noch heute der Meinung, daß sich der Gesetzgeber von 1920 seines Wertes nicht zu schämen braucht; er hat den großen Schritt von der Wirtschaftseinheit Groß-Berlin zur kommunalen Verwaltung mit Mut und Folgerichtigkeit gewagt, und dieser Schritt ist nicht mehr zu widerrufen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Viele Teile der Groß-Berlin-Verfassung sind besser als ihr Ruf. Aber der Versuch, die Magistratsverfassung auf diese Riefengemeinde zu übertragen, hat sich nicht bewährt. Die Kompetenzen sind zu ungleich verteilt, und der Gedanke, an die Spitze der Bezirke nicht Verwaltungen, sondern Körperschaften zu setzen, war falsch.

Bei der Reform müssen wir die unliebsten Vorgänge der letzten beiden Jahre, die

aus Maßlosigkeit zu einer Weichenstellung gestampelt worden sind, nach Möglichkeit ausschalten. Wir haben uns deshalb auch gegenüber überstürzten grundlegenden Veränderungen der Ver-



iner Verfassung gewährt. Aber wir haben auf der anderen Seite schon um deswillen gern an der Neuordnung mitgearbeitet, um für Berlin nun eine längere Zeit der Ruhe und der geordneten Arbeit wieder zu erreichen. Der Entwurf unserer Berliner Parteiorganisation, den wir dem Hause unterbreitet haben, hätte eine wirklich prinzipielle Lösung aller umstrittenen Fragen gebracht. Gemessen an diesem Entwurf

befriedigt das vorliegende Kompromiß nicht.

Aber Vollkommenes war nicht zu erreichen, und der vorliegende Reformentwurf bringt wenigstens eine ganze Anzahl praktischer Verbesserungen. Er beseitigt die allgemein anerkannten Mängel, was die Beschlüsse des Ausschusses in erster und zweiter Lesung nicht getan hatten. Er erhält die Arbeitsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung oder stellt sie wieder her, nimmt ihr aber kein wesentliches Recht, sondern nur einen Teil der laufenden Arbeit ab, die einem ebenso demokratischen Organ übertragen wird. Der vorliegende Entwurf dritter Lesung führt eine klare Scheidung der Zuständigkeiten von Zentrale und Verwaltung herbei. Endlich führt der Entwurf zur Umgestaltung der Bezirksorgane zu richtigen Verwaltungskörperschaften, wenn auch auf diesem Gebiet die Veränderungen schwerlich ausreichend sind. In der Zentrale wird das Verhältnis der Zentrale zu den Bezirken mit dem bisherigen Beauftragungsrecht nicht länger auskommen. Das in § 22 eingeführte direkte Beauftragungsrecht des Oberbürgermeisters ist in vernünftiger Weise abgegrenzt.

So glauben wir, in Uebereinstimmung mit der Regierung, ein tragfähiges Fundament für die Entwicklung der Berliner Verwaltung in den nächsten Jahren gefunden zu haben.

Wir hoffen, die Stadt Berlin durch dieses Gesetz zu befähigen, die dringenden persönlichen und sachlichen Aufgaben des Augenblicks zu lösen. Wir denken dabei in erster Linie an die Oberbürgermeisterfrage und an die Finanzschwierigkeiten, die allerdings durchaus keine Eigentümlichkeit der Stadt Berlin sind — nur die sprichwörtliche Berliner Zurückhaltung hindert mich, Vergleiche mit anderen Großstädten etwa in Rheinland und Westfalen zu ziehen. (Heiterkeit.) Wir sind auch überzeugt, daß eine spätere Zeit über die

### Stöße der kommunalen Leistung in Berlin

in der Nachkriegszeit gerechter urteilen wird als die Gegenwart. Die Sozialdemokratie jedenfalls bekennt sich schon heute mit Stolz zu ihrer Mitarbeit in Berlin und hat den Wunsch, recht bald wieder da anzuknüpfen, wo die verheerende Wirtschaftskrise die Entwicklung jäh unterbrochen hat. Nach abermals zehn Jahren, wenn wir aus der drängenden Not der Zeit heraus sind, hoffen wir, Groß-Berlin die demokratische und soziale Einheitserfassung geben zu können, für die wir diesmal noch vergeblich gekämpft haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Steinhoff (Dnat.): Wir haben die Zwangseinsparungsmaßnahme Berlin immer für falsch gehalten. Nur durch die volle Erfüllung der Aufgaben der Bezirke und durch bodenständige Kommunalbeamte könnte Berlin gesund werden. Auch das ehrenamtliche Element wird viel zu weit zurückgedrängt. Die Mehrheit hat alle unsere vernünftigen Anregungen abgelehnt. Aber Sie werden schon noch einsehen, daß nur das Verbot jedes Zugangs von außerhalb nach Berlin den Berliner Sozialistat in Ordnung bringt. Im Gegensatz zu den Mehrheitsparteien wünschen wir das Beste für Berlin. (Lachen bei den Mehrheitsparteien. Zurufe: Ihr wollt wohl von hier ganz ausgegriffen werden?)

Abg. Schünning (Z.): Die Mehrheitsparteien haben die Opposition sehr loyal an der Arbeit beteiligt. Wir erkennen die Fortschritte in dem vorliegenden Gesetzentwurf an.

Abg. Schwenk (Komm.): Was soll das ganze Neben über Selbstverwaltung. In Wahrheit herrscht die Diktatur der Staatskommissare. Auch die Beschlüsse des Ausschusses sind nur ein neues Diktaturgesetz. Auf der Rednerliste stehen noch die Abg. Seidig (D. Sp.), Schmitt (Staatsp.) und Menck (Wirtsch.). Damit wird die Aussprache über das Groß-Berlin-Gesetz geschlossen. Die Abstimmungen finden am 18. März statt.

## Anschlag auf die Alten.

Eine Befähigung und Erklärung.

Vom Vorsitzenden des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten wird uns geschrieben:

„In der Nr. 104 vom 3. März 1931 befindet sich ein Aufsatz, überschrieben: „Sturm auf Altersrente, Geheimhalt der Versicherungsbürokratie? Invalidentarife soll verringert werden.“

Dem gegenüber haben wir folgendes zu erklären: Am 6. Februar 1931 fand auf Wunsch unseres Verbandes eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium statt, angeleitet durch den Minister, daß in der Presse („Kölnische Zeitung“) ein Artikel erschienen war, wonach die schwierige Finanzlage der Knappschaftsversicherung durch

### eine neue Besetzung der Invalidentversicherung

gelöst werden sollte oder könnte. Die Besprechung war eine vertrauliche und insbesondere hat das Reichsarbeitsministerium gebeten, bei einer Verwertung der Besprechung nicht auf dieses Bezugs zu nehmen. In der Besprechung sind eine Reihe von theoretischen Fragen erörtert worden, die sich auch aus der notwendigsten schwersten Finanzlage der Invalidentversicherung mit Notwendigkeit ergaben. Ueberwiegend praktische Vorschläge sind weder vom Reichsarbeitsministerium noch von dem Reichsverband Deutscher Landesversicherungsanstalten gemacht. Wichtig ist aber, daß innerhalb des Verbandes über diese theoretischen Fragen eine Aussprache stattgefunden hat, um falls die Fragen praktisch werden sollten, mit entsprechendem Material auszurufen zu können. In einem amtlichen Schreiben an das Reichsarbeitsministerium hat aber der Reichsverband der Deutschen Landesversicherungsanstalten ausdrücklich sich dagegen verwahrt, daß die Invalidentversicherung bei der Sanierung der Knappschaft mit irgendwelchen neuen Opfern herangezogen wird, und hat weiter erklärt, daß er zu allen Fragen der Sanierung der Invalidentversicherung erst dann Stellung nehmen könnte, sobald positive praktische Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums vorliegen. Schon jetzt sei aber bemerkt, daß bei der Besprechung im Reichsarbeitsministerium eine ganze Reihe von Fragen, unter anderem auch solche, die in Ihrem Artikel angeführt sind, als

von vornherein untragbar

von den Verbandsovertretern bezeichnet ist. Auf Einzelheiten vermögen wir angesichts der Vertraulichkeit der damaligen Besprechung nicht einzugehen. In der Besprechung war auch ein Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten beteiligt. Wir bitten um Veröffentlichung dieses Schreibens.“

Dies Schreiben bestätigt also die Tatsache, das innerhalb des Reichsverbandes der Landesversicherungsanstalten eine „theoretische Aussprache“ über die Ersparsungsmöglichkeiten stattfand. Daß der Verbandstag Goetz von der Brandenburger Landesver-

# Schäden auf dem Arbeitsmarkt

## Sozialdemokratie fordert Beseitigung der privaten Stellenvermittlung

Der Reichstag erledigte heute vormittag seinen eigenen Haushalt in zweiter Beratung.

Abg. Heinig (Soz.) begrüßt einen staatsparteilichen Antrag, wonach die Reichstagsmitglieder ihre Einkünfte aus industrieller oder sonstiger geschäftlicher Tätigkeit als Direktoren, Sekretäre, Syndizi, Verwaltungsräte usw. dem Vorstand des Reichstages mitteilen sollen, ebenso auch die Ernennung zu öffentlichen Beamten. Der Zweck dieses Antrages ist die Beseitigung von Konflikten zwischen politischer Tätigkeit und persönlichem Interesse. Wir wollen, sagt Heinig, keine Schnäffelei, aber im Interesse der Reinhaltung des politischen Lebens und einer klaren Scheidung zwischen Politik und Interessenevertretung stimmen wir diesem Antrag zu.

Darauf wird sowohl dieser Antrag wie auch der sozialdemokratische, daß Abgeordnete, die Beamte sind und dem Reichstag fernbleiben, ihre Beamtenstelle zu versehen haben, dem Aelterenrat überwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die

### Entschädigung der privaten Stellenvermittler,

die durch das Verbot gewerbmäßiger Stellenvermittlung um ihre Existenz gebracht werden.

Abg. Frau Kunert (Soz.): Im Ausschuss haben die bürgerlichen Parteien diesen Regierungsentwurf in einer Weise verändert, der mir nicht zusagen kann. Solange es die moderne Arbeiterbewegung gibt, hat sie gegen die gewerbliche Stellenvermittlung gekämpft, die ungeheure Mißstände, z. B. durch zu hohe Gebühren, durch Verteilung zu häufigem Stellenwechsel und eine einseitige Arbeitsmarktpolitik unmöglich gemacht hat. Schon 1922 ist das Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung grundsätzlich beschlossen worden, und in dem späteren Gesetz über Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung ist dieses Verbot ergangen. Nach dem vorliegenden Entwurf soll die gewerbmäßige Vermittlung gerade für Hausangestellte und für das Gastwirtschaftsgewerbe noch bis 1933 fortgeführt werden können, wenn der Inhaber nicht die frühere Einstellung seiner Tätigkeit gegen Entschädigung vorzieht. Infolge der eingefügten Bestimmungen über die Weiterführung solcher Unternehmen nach dem Tode des Inhabers für Rechnung der minderjährigen Erben oder der Witwe wird eine Verlängerung auf unbestimmte Zeit ermöglicht. Denn die vielen Mißstände nicht vor Gericht nachgewiesen werden, so liegt das an der Scheu vieler der Betroffenen, vor Gericht aufzutreten, und an ihrer Angst vor Schädigung durch schwarze Listen usw. Besonders arg sind die

### Mißbräuche auch in den privaten Heimen für Krankenschwestern

und im Gastwirtschaftsgewerbe. Da werden Kostenzuschüsse, Unkostenbeiträge, Extrabeiträge geschwindig in Rechnung gestellt. Die eigentlichen Vermittlungsgebühren erreichen eine phantastische Höhe. Die Rednerin bringt Beispiele solcher Mißbräuche, besonders auch aus Schlesien vor und fügt hinzu: Können Sie es den Opfern solcher Egge der Profitgier verkennen, wenn Sie diese Vermittler als Parasiten bezeichnen und ihnen Handel mit Menschenfleisch nachsagen? (Sehr wahr! links.) Man führt als Vorzug der gewerblichen Stellenvermittlung an, daß sie durch den privaten Nutzen größeres Interesse an der Vermittlung habe und die individuellen Wünsche besser zu berücksichtigen verstehe. Wir bedanken uns für eine individuelle Vermittlung, die — z. B. bei Barodamen — oft jeder guten Sitze widerspricht und durch die Forderung, zu animieren und mitzumachen, an das Strafgesetz streift.

### Die öffentlichen Arbeitsnachweise

sind den privaten weitaus überlegen. Sie vermeiden den Beerlauf, arbeiten rationell und können auch jene Kontrolle über die Arbeitslosigkeit der Unterstützungsempfänger ausüben, die gegenüber der Hege wider die Sozialpolitik unerlässlich ist. (Sehr wahr! links.)

Fast alle Kulturländer haben infolge der Washingtoner Konferenz die gewerbmäßige Stellenvermittlung verboten, nur Polen, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn lassen sie noch teilweise zu. Deutschland darf nicht hinter den westlichen Kulturländern zurückbleiben. Dringend notwendig ist die Beschaffung

### einwandfreier Unterkünfte für die erwerbslosigen Hausangestellten,

die sonst in der größten Gefahr sind, der Prostitution anheimzufallen. Von 1 310 000 Hausgehilfinnen sind 436 000, also ein Drittel, unter 20 Jahren! (Hört, hört!) Wir haben beantragt, daß bis zur Lösung dieser Frage die Gemeinden zur Schaffung solcher Unterkünfte verpflichtet werden sollen. Wir appellieren an Sie alle, dafür zu sorgen. Die Reichsverfassung gewährt der Arbeitskraft den besonderen Schutz des Gesetzes. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes hat die gewerbliche Arbeitsvermittlung zu verschwinden. Wer mit uns die Verheerung des Menschen durch den Menschen verurteilt, wird diese Ausführvorlage ablehnen. (Lebhafte Beifall links.)

Die Abstimmung wird ausgesetzt. Einige wirtschaftliche Vorlagen werden ohne Debatte erledigt und noch vor 11 Uhr nach kaum einstündiger Sitzung, vertagt sich das Haus auf Donnerstag 15 Uhr: Haushalt des Arbeitsministeriums, Abstimmungen über Stellenvermittlung usw.

## Grüner



„Mein Uebertritt zur Nationalsozialistischen Partei erfolgt aus Gründen der politischen Sauberkeit.“

rungsanstalt den bei uns wiedergegebenen Brief geschrieben hat, wird nicht bestritten. Dieser Brief nimmt Bezug auf gewisse „Erwägungen“ und erweitert sie in einer Weise, daß mit Recht von einem „Sturm auf die Altersrenten“ gesprochen werden kann. Wir hoffen, durch die rechtzeitige Veröffentlichung den Plänen selbst ein Ende bereitet zu haben.

## Die Kältewelle.

Berlins kälteste Nacht in der Innstadt.

In der vergangenen Nacht hatte die Quersilberäule in der Innstadt Berlins einen Tiefstand erreicht, wie er in diesem Winter bisher noch nicht zu verzeichnen war. Nach den Messungen des amtl. Welterdienstes herrschten 10 Grad Kälte, in den Außenbezirken lagen die Temperaturen wesentlich niedriger. Damit wird für Berlin die kälteste Nacht dieses Winters registriert.

Die Kältewelle erstreckt sich über den größten Teil des Kontinents und selbstverständlich über das ganze Reich. Sogar Südwestdeutschland hatte heute, nachdem die Temperaturen tagelang erheblich über Null Grad lagen, wieder strenge Kälte zu verzeichnen. Am kältesten ist es in Nordschweden und Finnland, von wo 23 bis 30 Grad Kälte gemeldet werden.

Nach den vorliegenden Anzeichen wird schon in den nächsten Stunden eine Wetterverschlechterung, die aber nur vorübergehend sein soll, erwartet. Bei sehr kalten Ost- und Nordostwinden wird sich der Himmel zeitweise stark bewölken und es ist sehr wahrscheinlich, daß noch etwas Schnee fallen wird. Die Wetterprognose für Sonntag lautet: Nach Schneefall teils heiter, teils wolkig, weiterhin Frost.

### Schwere Verkehrsstörung in der Potsdamer Straße.

Die Potsdamer Brücke mußte heute früh für den gesamten Verkehr, mit Ausnahme der Straßenbahnen, gesperrt werden, da das Holzpflaster plötzlich mit einem weithin vernehmbaren Krachen auseinandergebrochen war. Der Verkehrsplan mußte zunächst die sofortige polizeiliche Sperre anordnen und der Verkehr wurde in aller Eile über die Viktoriabrücke umgeleitet. Inzwischen wurde festgestellt, daß nur der Brückenbelag durch den plötzlichen starken Frost in Rittelschicht gezogen war und für die Brücke selbst keinerlei Gefahr bestand. Die Schäden wurden ausgebessert und gegen 11 Uhr konnte die polizeiliche Sperre wieder aufgehoben werden.

## Stürme über England.

Ueberflutungen durch die Meeresbrandung.

London, 7. März.

Ueber dem Kanal und dem britischen Inselreich wüten zurzeit heftige Stürme, die an verschiedenen Orten eine Geschwindigkeit von über 100 Stundenkilometer erreichten. An der Südküste von Kent ist die Meeresbrandung so stark, daß große Wassermassen über die Klippen geschleudert und zahlreiche Häuser unter Wasser gesetzt werden. In anderen Küstengebieten stehen die Strahlen oft mehrere Fuß hoch unter Wasser. Die Themse ist infolge der Stürme an einigen Stellen über die Ufer getreten und hat Ueberflutungen angerichtet. Der Sachschaden ist bedeutend.

## 20 000 Zentner Pulver explodiert.

Französisches Munitionslager in die Luft geschoßen.

Paris, 7. März.

Eine furchtbare Explosion ereignete sich in den späten Abendstunden des Freitag in einem Munitionslager in Chemilly-sur-Yonne in unmittelbarer Nähe von Auxerre.

Zwei große Baracken von über 100 Meter Länge und 25 Meter Breite, in denen gefüllte Kartuschen aller Kaliber untergebracht waren, flogen plötzlich unter ungeheurem Geräusch in die Luft. Mehrere 1000 Tonnen Pulver waren explodiert. Unter der Bedrohung entstand große Beunruhigung, da die Gefahr bestand, daß weiters, in unmittelbarer Nähe gelegene Munitionslager, in denen sich fertige Geschosse befanden, ebenfalls von den Flammen ergriffen würden. Die Ausmaße der Katastrophe wären in einem solchen Falle unabsehbar gewesen.

## Festnahme eines Einsteigediebes.

Nimte den harmlosen Reisenden.

Bei einer Wirtin in der Mühlheimer Straße in Spandau wohnte als Untermieter ein 49 Jahre alter angeblicher Reisender Max Kramm. Er blieb ab und zu einige Tage fort und erklärte das damit, daß er geschäftlich zwischen Berlin und Hamburg kleinere Städte zu besuchen habe. Als er kürzlich von solcher „Reise“ nicht wieder nach Hause kam, wurde die Wirtin befragt und erstattete eine Vermisshenangeige. Spandauer Kriminalbeamte erschienen in der Wohnung, durchsuchten die Sachen des Verschwindenen und machten eine überraschende Entdeckung. In einem großen mit Eisen beschlagenen Koffer fand man eine ganze Anzahl Briefschaften, Portemonnaies, Pfandbriefe und Ausweisopapieren auf alle möglichen Namen. Der Koffer mit seinem seltsamen Inhalt wurde beschlagnahmt und Nachforschungen nach der Herkunft der Papiere angestellt. Dabei ergab sich, daß zu Pfingsten 1930 in das Restaurant Schägenhaus in Kremmen ein großer Einsteigedieb verurteilt worden war. In dem Gasthaus hatten sich zum Schützenfest viele Besucher aus der Umgegend eingefunden, die auch übernachteten. Kramm hatte die Gelegenheit auszunutzen, war überall in die Zimmer geklettert und hatte mitgenommen was er konnte. Jetzt hatte er es in einem Gasthof in Paulinenaue ähnlich gemacht, war gefaßt worden und vom Amtsgericht in Rathenow zu mehreren Wochen Gefängnis verurteilt worden. Deshalb konnte er nicht nach Hause kommen. Als er nun aber die Straße abgedrückt hatte und sich wieder in seine stille Spandauer Klause zurückziehen wollte, bekam er noch rechtzeitig Wind von dem Besuch der Polizei und stüchelte nach Berlin. Es nützte ihm aber nichts. In der Mühlstraße wurde er erkannt und verhaftet.



# Das wahre Gesicht Moskaus

## Erklärung der russischen Sozialdemokraten

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands ersucht uns um Veröffentlichung der nachstehenden Erklärung:

„Unmittelbar nach der sowjetischen Bekanntmachung über den bevorstehenden Prozeß gegen 14 angebliche Mitglieder des „Unionsbüros des Zentralkomitees“ unserer Partei wurde von den Genossen Abramowitsch und Dan (in der Sitzung vom 24. Februar d. J.) der Auslandsvertretung der Vorschlag gemacht, sie zwecks Auftretens als Zeugen vor dem obersten Gerichtshof der UdSSR. nach Moskau zu lassen.

Diese Frage wurde in mehrmaliger Beratung erörtert, worauf die Auslandsvertretung zu der festen Überzeugung kam, daß die Sowjetregierung auch nach Zustimmung „freien Geleits“ und der Möglichkeit der freien Zeugenauflage nicht den Willen habe, die Vorbedingungen zu schaffen, unter denen die Zeugenauflage unserer Genossen ihre volle Bedeutung gewinnen und den Arbeiter- und Bauernmassen in Rußland und im Auslandes wirklich bekannt werden könnten.

Die Sowjetregierung würde unter keinen Umständen den beiden Genossen die Möglichkeit gewährleisten wollen, über all das Material zu verfügen, das zur Widerlegung jeder neuen, nicht vorauszuweisenden Lüge benötigt werden könnte, und das sie also nicht vorher bereithalten könnten. Die unerschämte Lüge über die angebliche Reise des Genossen Abramowitsch nach Moskau im Sommer 1928 und die eingehenden Auslagen der Angeklagten über diese Reise, die niemals stattgefunden hat, zeugen nur zu gut von der grenzenlosen Verlogenheit der Ankläger unserer Partei und von den grenzenlosen Gewaltmaßnahmen, denen sie ihre Opfer, die in Moskau auf der Anklagebank sitzen, unterwerfen mußten, um sie ihre notorischen Lügen mit allen Einzelheiten wiederholen zu lassen.

Die Sowjetregierung würde auf keinen Fall die Sicherheit derjenigen Personen garantieren wollen, die irgendwie mit den Genossen Abramowitsch und Dan in Berührung kommen und sie in der Herstellung des Materials unterstützen würden, oder deren Erscheinen vor Gericht zur Bekräftigung der Aussagen unserer beiden Genossen und zur sofortigen Widerlegung der immer wieder neu aufgetauchten Lügen notwendig würde. Die bolschewistische Regierung würde niemals die Bedingungen schaffen wollen, die dem Versprechen eines freien Geleits für die Genossen Abramowitsch und Dan erst seinen vollen Wert geben würden. Sie kann ja diese Bedingungen nicht schaffen, ohne das System von Willkür, von Gewalt, von wirtschaftlichem, physischem und moralischem Druck umzustürzen, das das russische Volk bedrückt und das die Basis der Stalinschen Diktatur bildet.

Unter diesen Umständen würde die Reise der beiden Genossen nur ein Mittel für die Sowjetregierung sein, um

die ganze Welt mit neuen Lügenströmen zu überschwemmen,

die Angeklagten neuen Körperlichen und seelischen Peinigungen auszusetzen, um ihnen weitere Geständnisse abzupressen, weitere Duhende, ja vielleicht Hunderte von Menschen zu terrorisieren und sie in neue Leiden und Entbehrungen zu stürzen. Vielleicht würde sogar die Sowjetregierung die Gelegenheit nicht unbenutzt verstreichen lassen, die russische Sozialdemokratie ihrer Führer zu berauben — entweder in der Form eines Ausbruchs bestellter „Empörung“ irgendeines Tschetka-Agenten, oder als Folge eines jener „Unglücksfälle“ die der CPW. schon so oft zustatten kamen, und für die man dann so leicht, wenn auch keine „technischen“ Mängel, so doch neue „Schuldlinge“ verantwortlich machen kann, die nur daran denken, die bolschewistische Regierung zu kompromittieren und ihre lautereren Vorsätze zu „sabotieren“.

Aus all diesen Erwägungen heraus beschloß die Auslandsvertretung, den Antrag der Genossen Abramowitsch und Dan betreffend ihrer Reise nach Moskau abzulehnen.

Bezugnehmend auf die Erörterungen Herrn Krglentos, der sich erlaubte, die Frage des Erscheinens der Genossen Abramowitsch und Dan vor Gericht aufzuwerfen, erklärt die Auslandsvertretung aufs Entschiedenste, daß sie keineswegs gewillt ist, durch Verhandlungen über „freies Geleit“ usw. Herrn Krglentos und seinen Begleitern darin zu unterstützen, durch erlogene und heuchlerische Gesten die öffentliche Meinung Europas zu täuschen, die nur unter den größten Hemmungen sich zu dem Gedanken durchringen kann, daß die

Regierung Sowjetrußlands im zwanzigsten Jahrhundert in Rechtsprechung, Unterordnung, Polizei usw. Methoden angewendet, die in Europa unwiderruflich dem flackernden Mittelalter angehören,

und die der Moskauer Schandprozeß so überzeugend aufzeigt. Die Auslandsvertretung ist nicht gewillt, dieses System zu decken, das mit Rechtsbegriffen wie freies Geleit, freie Ausreise usw. im schriftlichen Widerspruch steht, noch den Herrschern die Möglichkeit zu geben, die Sozialdemokratie zu entthronen, indem sie sie ihrer hervorragendsten Führer berauben. Im Gegenteil, das schamlose Auftreten Herrn Krglentos zwingt sie dazu, noch einmal mit der größten Entschiedenheit vor aller Welt zu erklären: im bolschewistischen Rußland gibt es kein Gericht, es gibt nur durch nichts verhüllte Willkürakte terroristischer Schlägen der allmächtigen Diktatur, die ihrerseits die Angeklagten, die Zeugen, ja die gesamte Bevölkerung terrorisieren; die grenzenlose Unehrlichkeit der bolschewistischen Diktatur nimmt ihr jeden Anspruch darauf, daß ihr Versprechen des „freien Geleits“ usw. anders ausgenommen wird, als die Vorbereitung eines neuen schändlichen Treubruchs.“

## „Kalifornische Früchte.“

Neues Theater am Zoo.

Die kleine Daisy in der „Dollarprinzessin“ will mit ihrem Herrn Gemahl nur wie Bruder und Schwester leben. Eine Woche hält sie es aus, und dann kommt alles ganz anders. Was bei Leo Fall Episode ist, wird in den „Kalifornischen Früchten“ zum Hauptmotiv der Handlung, und Daisy erhält vier Schwestern, die sogar zur Propagierung der geschlechtlosen Ehe einen Klub mit Statuten und vielen Paragraphen gründen. Ein paar Tage in der Ehe ändern die Ansichten.

Die Idee zu einem Steich wird zu einer musikalischen Komödie verarbeitet und diese Idee reicht dazu nicht aus. Andererseits haben Max Hansen und Billy Prager nicht so viel Einfälle, um das dünne Gerüst mit witzigen Arabesken zu dekorieren oder um durch einen gutpointierten Dialog zu fesseln. Die Operette stirbt am Albrecht. Jedes neue Werk demonstriert diesen Sach. Die Menschen, die hier auftreten, sind Schablonen, ohne daß auch nur der leiseste Versuch unternommen wird, ihnen den Anflug von Persönlichem zu geben.

Zu diesen Vorgängen schreibt Wilfred eine Musik, die hin und wieder einen Schlagern gebären möchte und nicht dazu in der Lage ist. Sehr viel Rhythmus und wenig Melodie. Der Dirigent Hans Sommer leitet im Rhythmischen ausgezeichnetes. Gut ist ebenfalls die Regie Gustav Charics, der auf Bewegtheit der Darsteller achtet. Unter diesen steht an erster Stelle Billy Prager selbst, der einen Verleger spielt und sonst mit der Handlung nicht viel zu tun hat. Künstlerische Bändigung des Schmonzes. Schon ein Plus. Neben ihm Emmy Sturm, stimmlich kultiviert, darstellerisch zu viel und zu stark betonte Fortschritt. Irma Godau und Eva Harrong können singen, sehen hübsch aus und verfügen auch über schauspielerische Begabung. Die Herren halten sich an das Operettenschema, das entweder Groteske oder die beherrschte Haltung verlangt.

F. Sch.

## „Die lustigen Weiber von Wien.“

Ufa-Palast am Zoo.

Sie wirken anstehend mit ihrer Lustigkeit. Allein dadurch ist schon der Zweck des Films erreicht.

Die Handlung ist nicht in die sorgenschwere Gegenwart verlegt. Klugerweise wählte man für das Geschehen das Jahr 1873, in dem in Wien ein Hofball und seine 10 Töchter wohl sorgenfrei leben konnten. Der Herr Papa vertritt sich ein wenig, er möchte eine Dame mit zweifelhafter Vergangenheit heiraten. Darum machen seine Mädel einen Hofstecher nach dem Ballet und kehren erst, als die Luft wieder rein ist, ins väterliche Haus zurück.

Der Regisseur Géza von Bolvanyi darf weder Probleme wälzen noch uns hochromantisch kommen, beides übersteigt sein Können. Aber eine belanglose Sache versteht er rechtsoff zu gestalten. Er weiß, daß auch das Auge im Tonfilm befriedigt werden muß und so bleibt seine Arbeit Film im eigentlichen Sinn. Er reißt ein schönes Bild an das andere. In verkürztem Schimmer lebt diese Zeit auf, in der die Frauen Culs trugen und Frauengesichter aus wunderbar aufgekürmten Haaren herauslugen. Entzückend sind die 10 Hofrats-töchter, ganz gleich, ob man sie auf dem Parkett sieht oder auf einer schmalen Varietébühne. Es wirkt tatsächlich uflig, wenn die springlebendige, übermütige Schaar in viel zu enge Kulissen hineingeprüßt ist. Man sieht viel Spielgeriesel, man sieht ein Stückchen Wein. Von den Darstellern fülle ein jeder seinen Platz vorbildlich aus. Man freute sich über die 10 herzigen Mädel mit ihrer natürlichen Kamut, über die schöne See Party den felsen Billy Fort und die ufligen Paul Hörbiger und Oskar Sima.

a. b.

## Bedeutung des Rhythmus.

Ueber „Bedeutung des Rhythmus für Kultur und Tanz“ sprach in der Humboldt-Hochschule Fritz Böhm. Er betonte, daß der Rhythmus, im Gegensatz zum maschinenmäßigen Gleichmaß des Taktes, den Ausdruck der natürlichen Lebensursache alles organischen Werdens und Vergehens darstelle. Nur der rhythmisch empfindende Mensch sei imstande, sich als Bestandteil des lebendigen Organismus der Natur zu fühlen und die eigene Geschmeidigkeit darin zu erlassen. Der Tanz sei ursprünglich stets rhythmischer Ausdruck gewesen. Bildhauer, die Volkstänze und altertümliche Kulttänze zeigten, unterstützten diese Feststellung des Vortragenden. Man sah Tänze in den einfachen und strengen Formen geschlossener Vinken und geballter Kreise, Tänze, die ein Gegeneinander von zwei Gruppen darstellten, und solche, bei denen das Bewegungsergebnis sich auf zwei als Paartanzende Personen beschränkte.

Daß der moderne gymnastische Tanz wieder bewußt den Rhythmus zur Grundlage genommen hat, sollten Vorführungen auf dem Podium beweisen. Nur von den Vorbildungen der Gymnastikschule Friedrich Reuß, den Tänzen Hans Weidts und den tänzerischen Parodien Trudi Schoops bekam man jedoch einen richtigen Eindruck. Weidts Erlebnisstärke und seine tänzerische Körperbeherrschung waren stark genug, selbst das unzulängliche Mittel zu überwinden. Die Volksgymnastik der Reuß-Gruppe, frühliches Körpergefühl, wirkte in diesem primitiven Raum sogar edler und ursprünglicher als auf dem Podium. Trudi Schoop brachte Vorführungen die sie „Anpreßionen und Karikaturen“ nannte. Sie enthielt die Lächerlichkeit bedeutungsvoller Lebensspalten, indem sie diese in ihren Tänzen spiegelt.

Tea.

Cupu Vid, der bekannte Filmregisseur, ist diese Nacht im Alter von 43 Jahren plötzlich gestorben. Auf einem Bankett der Toten wurde er, gleich nach seiner Tischrede, die er auf die Filmschaffenden hielt, von heftigen Herz- und Magenkrämpfen befallen. Er wurde in seine Wohnung geschafft, erholte sich nicht und starb nach wenigen Stunden. Cupu Vid selbst ein Charakteristischer von Format (zuerst im Theater), schuf Filme großer Eigenart. So „Scherben“, den ersten ertötenen Film mit Werner Kraus und Anita Berber. Sein letzter großer Film war „St. Helena“, in dem Werner Kraus den Napoleon spielte. Cupu Vid gehörte zu den kühnen Verfechtern der Idee, daß alle Filmschaffenden kulturelle Interessen verbinden müßten. Er war daher auch der eigentliche Gründer, der Organisator und der Vorhänger der Dada.

Museumsführungen. Samstag, den 8. März, 10 Uhr. Prof. Schaff: „Kunst und Handwerk Neuhütens“ im Neuen Museum. Dr. Hell: „Mausel und das Schloss Nord“ im Kaiser-Friedrich-Museum. 11.30 Uhr. Dr. Gode: „Chinesische Kunst der Tang-Dynastie“ im Völkermuseum II.

Zwanzig Künstler aus Schweden, Norwegen, Dänemark und Estland sind in ihre Buben in den Künstlerhäusern der Deutschen Kunstgemeinschaft im Berliner Schloss zu Gast. Es befinden sich darunter die bedeutendsten nordischen Maler. Die Ausstellung wird Sonntag, mittags 12 Uhr, im Schloß eröffnet.

Der Vierte Deutsche Nationalkongress findet vom 5.—12. April 1931 in Berlin im Reichlichen Röntgeninstitut statt. Er wird sich reden einigen praktischen Fragen des Nationalkongresses, insbesondere des Balkankongresses, den immer dringender werdenden Problemen der Landesplanung und Landschaftsgestaltung widmen.

## Aeschylus mit Sprechören.

Der „Agamemnon“ im Staatstheater.

Dr. Benhausen ist ein Fanatiker des Sprechchors. Er erzieht Studenten und Studentinnen der Universität für kein Menschenheimannschäfer. Daß die jungen Leute ihre Zeit vernünftiger bei den Versen des Aeschylus als bei dem Brüllen von „Juda verrede“ verschwenden, darf nicht bezweifelt werden. Es kommt in die Sprechchöre, die ihre Junge bewähren, auch eine gewisse Selbstständigkeit des Geistes. Nur darf der Sprecher, nur dürfen die Schüler ihr Werk nicht überschätzen. Sie dürfen das Reklamainstrument, dessen sie sich zu bemächtigen trachten, auch nicht falsch in die Theaterkunst einfügen. Denn man vergesse nie: der dramatische Sprechchor soll ein polyphones Orchester sein, er soll die Stimmung des Dramas untermauern, er soll für die Sollen den Kontakt geben, er soll nach dem Sollen-entritt noch eine Atmosphäre der Ergriffenheit zusammenbrauen. Auch mimische und tänzerische Beweglichkeit sind vom Chor zu verlangen.

Was tut Benhausen, der im Staatstheater seine Kunst zeigen darf, und der selber den „Agamemnon“ des Aeschylus von neuem verdeutscht? Er stellt nur lebende Wesen. Er läßt die Bilder sprechen. Mancher von den Jünglingen mag Talent haben. Die meisten besitzen nur den Diktantenreißer. Im antiken Drama ist der Chor etwas Unmenschliches, eine Vermehrung der schauspielerischen Solistenreihe. Im Benhausenschen Chor sind nur die Bemühungen der sehr mitleidigen und meist unzulänglichen Mitglieder spürbar. Die Chormitglieder sind innerlich unbeteiligt, trotz des Willens, aus dem Urquell der Begeisterung zu schöpfen.

Benhausens Verdeutschung des griechischen Dramas ist tugendhafte Philologienlehre. Die Geduld fehlt nicht, es fehlt nur das untergründige Wort. Das ganze Experiment entspringt dem Gehirne, nicht dem fröhlichen Spieltrieb. Das große, heilige, neugetastete Wort, der Tempelschlag des Dichters und Nachdichters, wird nicht entredt.

Stumpf und niederträchtig waltet in der Schicksalstragödie des Aeschylus der verbrecherische Übermut der olympischen Götter. Dieses klare Drama der menschlichen Unwürdigkeit und Unmündigkeit spricht Maria Koppenshöfer, die Darstellerin der Klytemnestra, mit bemerkenswerdiger Kunst. Auch Theodor Loos, der Agamemnon, und Walter Frant, der Megisthos, gliedern ihre Rolle schön und vollkommen. So liegen allein die Sollen. Sie verdienen den Beifall, den die Freunde des dramatischen Experimentes spenden.

Im athenischen Theater des Herodes Attikus und im antiken Bau von Delphi werden heute noch die griechischen Schicksalstragödien aufgeführt. Dann bieten die Landschaft und der strahlende Tageshimmel den Boden und den Horizont für die Entfaltung der schrecklichen Ereignisse. Der Chor ist dann nicht mehr eine zufällige theatralische Beigabe. Wer solche Festspiele gesehen hat, der begreift bald, daß Benhausens Experiment nur akademisches Interesse werden kann.

## Wedekind-Aufguss.

Theater am Schiffbauerdamm: „Der Dompieur“.

Das Theater am Schiffbauerdamm hat sich für seine neue Komödie einen Alfred Savoir ausgelacht, der — die Götter wissen, warum — augenblicklich der in Berlin meist gespielte Autor ist. Innerhalb zwei Wochen gab es in Berlin zwei Premieren von ihm. Das zweite dumme Stück, das hier aufgeführt wird, hat den Titel „Der Dompieur“, und die Hauptrolle spielt wieder das unverlegliche Schachbuch. Alfred Savoir lebt in einer bürgerlichen Märchenwelt, deren Dasein nur durch sagenhaft großen Reichtum möglich ist.

Im „Dompieur“ hat ein verfliegener Lord Bonadale nach aller

Familientradition die Idee, irgendetwas Refraktäres für die Nachwelt tun zu müssen. Die Bonadales sehen sich für die Unterdrückten ein; da es nach Savoir keine unterdrückten Menschen mehr gibt, interessiert sich Bonadale für die dreifache Lüge. Er haßt die Dummheit und Brutalität des Dompieurs und hofft, daß er eines Tages von den Bestien aufgefressen wird. Um dies bemerkenswert fide Thema drehen sich die acht Bilder in der Komödie, die ein für Berlin unbekannter Regisseur Günther Haene ohne Schminke und ohne Pinsel abrollen läßt. Der Autor versucht dem Stück dadurch eine pikante Note zu geben, daß er sein Thema mit einer dämonischen Liebesgeschichte verquillt: Arabella, die niedliche Frau des Dompieurs, verliebt sich Knall und Fall in den reichen Lord. Die Lebensweisheiten, die uns der Pariser Autor seroiert, sind unerbaunder Bedekind, von dessen Existenz er keine Ahnung zu haben scheint.

Es lohnt sich nicht, das langstielige Hin und Her der Handlung näher zu beschreiben. Geredeterweise muß ich allerdings zugeben, daß einige erhellende und geschickte dialogisierte Szenen eingestreut sind, die sicheren Lacherfolg verbürgen.

Den verbliebenen Durchfall verhindert die Glanzleistung des vom Regisseur schlecht zusammengehaltenen Ensembles, das mit Ausnahme von Peter Lorre ausgeglichenes leistet. Einen blasierteren Lord, als ihn Gustav Gründgens spielt, einen tröstlicheren Dompieur, als den von Fritz Kampers kann man sich nicht denken. Auch Theo Lingens gibt einer dummen Gigolofigur Gestalt und Farbe. Peter Lorre fehlt der Humor für den Clown, den er darstellen hat. Ein wirkliches Erlebnis vermittelt Carola Reher als Arabella, als Weibchen mit der Dämonie. Sie witzigheit und lockt und schimpft und lacht hinreißend. Jedes Wort, jede Miene, jede Bewegung ist ein reiner Genuss.

4gr.

## Poelzig und seine Schule.

Akademie-Ausstellung.

Die Akademie der Künste am Pariser Platz erfüllt eine ihrer schönsten Aufgaben, indem sie das Lebenswerk ihres Mitgliedes Hans Poelzig und zugleich sein Wirken auf die Schülerschule darstellt. Die Schau erscheint als geschlossene Lieberstalt über das Lebenswerk des großen Schicksalsjährlings in der Atempause, die die Ungunst der Zeit in kein Schaffen zwangsläufig einlegt hat.

Die vier Hauptteile der Akademie enthalten die Bauten Poelzigs vom Löwenberger Rathaus 1906 an bis zu dem gemaltigen 100-Farben-Gebäude in Frankfurt, 1930 vollendet; die rings umlaufenden acht Räume die Arbeiten seiner zahlreichen, meist schon zur Selbstständigkeit übergegangenen Schüler. Allein in Berlin kennt man das Große Schauspielhaus, die Bebauung des Scheunenviertels, das Kapitolskino, die Reffehallen und endlich das längst vollendete Junghaus als Werke eines Baumeisters, der den gewaltigen Griff eines Genies besitzt, um Massen zu gliedern und ihrem praktischen Zweck anzupassen. Die bezwingende Aufgabe des Architekten von Rang, doppeltinnig durch nützliche Zweckhaftigkeit und die Möglichkeit reichster Phantasieformen als deren baulicher Umkleidung, ist in Poelzig wie kaum in einem anderen Baumeister der Gegenwart verkörpert.

Seine Schüler haben viel von ihm empfangen, vor allem den schöpferischen Elan und das Gefühl für Massenbeherrschung und Uebereinstimmung von Grundriß und Aufbau. Eine „Schule“ im Sinne bisher Formnachahmung gibt es nicht. Nur das Ideelle eint sie mit dem Meister: das Beste, was man von der Wirksamkeit eines Lehrers sagen kann. Beides, das Gemeinsame und das Selbständige, kann man am besten erkennen bei den Begabtesten, etwa bei Eiermann und Jähncke, bei Hamburger, dem Japaner Sakamoto, bei Poelzigs liebtem Mitarbeiter Schapiro und bei den ganz hervorragenden Rudolf Schwarz und Zweigenthal.

p. f. sch.



# Wer ist Doppelverdiener?

## Die verheiratete Frau im Erwerbsleben

Es ist durchaus begreiflich, daß in einer Zeit, wo in Deutschland fünf Millionen Menschen erwerbslos sind, die Forderung erhoben wird, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten besser zu verteilen. Ein besonderes Kapitel bei der Erörterung dieser Fragen bilden die sogenannten Doppelverdiener und hierbei wieder die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen.

Weniger aus tiefgründigen Überlegungen heraus, als aus gedankenloser Propagierung im Grunde genommen frauenrechtsfeindlicher Parteien und Wirtschaftskreise, sehen auch viele Arbeiter und Angestellten ein Hilfsmittel zur Betämpfung der Arbeitslosigkeit in einem

### Verbot der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen.

Es war daher begrüßenswert, daß das Bezirksamt Brandenburg des Afa-Bundes gestern abend in einer Konferenz im Reichswirtschaftsrat die viel umstrittene Frage der Doppelverdiener zur öffentlichen Diskussion stellte. Um die Klärung dieses Problems bemühten sich neben den bekannten Vertreterinnen der Frauenrechte Reichstagsabgeordnete Klara Böhm-Schuch, Frau Suhr, Gertrud Ellert vom JdM., auch die Vertreter der männlichen Angestellten und Arbeiter, Dr. Paul Herz, M. d. R., Gottfurcht, Rogatz und andere. Alle Redner stimmten darin überein, daß sich hinter der Forderung nach einem Verbot der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen im Grunde genommen nichts weiter verbirgt als der

### reaktionäre Kampf gegen die Frauenarbeit überhaupt

und in erster Linie der Kampf gegen die gutbezahlten verheirateten Angestellten. Die Erfahrung habe gezeigt, daß fast überall dort, wo man verheiratete Frauen entlassen hat, entweder Erwerbskräfte überhaupt nicht eingestellt wurden oder jugendliche Arbeitskräfte mit einem bedeutend geringeren Gehalt. Vor allem wurde der irigen Auffassung weiter Volkstriebe entgegengetreten, daß durch ein gesetzliches Verbot der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen der Arbeitsmarkt von männlichen und unverheirateten weiblichen Arbeitskräften fühlbar entlastet werden könnte. Bei Zugrundelegung der Zahlen, die bei der Volkszählung 1925 ermittelt wurden, ergibt sich nach Abzug der verheirateten mithelfenden Familienangehörigen, der selbständigen Ehefrauen ujm. etwa eine Gesamtzahl von 300 000 verheirateten Frauen,

für die ein gesetzliches Verbot ihrer Erwerbstätigkeit in Frage kommen könnte. In dieser Zahl sind aber auch die geschiedenen Ehefrauen enthalten, sowie alle die Frauen, deren Männer Invaliden, Strafgefangene oder sonstwie erwerbsbeschränkt sind, wo also die Frauen für den Haushalt allein oder zum größten Teil aufkommen müssen. Wenn auch unter diesen 300 000 verheirateten Frauen vielleicht auch 10 000 oder gar 50 000 sein mögen, die nicht aus Not arbeiten gehen, so würde doch ein generelles Verbot der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen über Tausende von Familien unfähiges Elend bringen. Eine Ausnahme unter diesen 300 000 erwerbstätigen Frauen wäre auch nicht durchführbar, ganz abgesehen davon, daß dieser Versuch zu unerbittlichen Schicksalen führen würde. Wirkungsvoller im Endeffekt, aber auch nicht von allzu großer Bedeutung wäre schon ein

### Verbot der Nebenarbeit

der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Festangestellten, wie es der Berliner Magistrat schon vor längerer Zeit erlassen hat. Ebenso notwendig und auch durchführbar sei auch entweder die Anrechnung oder die Entziehung der Pensionen bei den Pensionären, die außer ihren Pensionen noch ausreichende andere Einkommen haben. So sind z. B. verschiedene sozialpolitische Abteilungen einzelner Berliner Großbetriebe die reinsten Plantagen für pensionierte Offiziere, denen gegenüber die Unternehmer eine ganz andere Gehaltspolitik treiben als gegenüber den übrigen Angestellten. Gegen ein Verbot der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen machen die freien Angestellengewerkschaften ganz entschieden Front, weil es sich einmal gegen die wirtschaftliche Vernunft richten würde und zum anderen in perverter Form ein Anschlag der kulturpolitischen Reaktion auf die Frauenrechte ist. Die Konferenz brachte ihre im Vorstehenden wiedergegebene Auffassung zu der Frage des Doppelverdienens in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, in der die einzelnen Forderungen klar umrissen sind.

### „Roter Sieg.“

Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsratswahlen brachten der RPD nur Enttäuschungen. Man wird daher auch vergebens in der kommunistischen Presse die sonst spaltenlangen Berichte mit

den Schlagzeilen suchen über die „Überwältigten“ Seite der RPD.

Endlich gibt es in der „Roten Fahne“ eine große Siegesmeldung, die sie folgendermaßen überschreibt: „Roter Sieg auf jeder Raumnüt!“ Und dieser Sieg sieht nach den Angaben des kommunistischen Blattes folgendermaßen aus:

Im vorigen Jahr erhielt die „rote Einheitsliste“ von 3129 abgegebenen Stimmen 2205 gleich 70,4 Proz. In diesem Jahre erhielt sie von 2598 abgegebenen Stimmen 1257 gleich 48,3 Proz. Dazu bemerkt das Blatt, für das Adam Riese nie gelobt hat: „Die RPD hat die absolute Mehrheit behauptet. Bedenklich ist der Einbruch der Faschisten.“

Wenn 48 Proz. „die absolute Mehrheit“ sind, dann braucht sich die „rote Fahne“ nicht zu fragen, woher die 305 Stimmen der Nazis kommen. Das wäre allerdings „bedenklich“. Denn dann würden sich die Leser des Blattes schließlich fragen, woher es denn kommt, daß nach einem „roten Sieg“ der kommunistischen Spalter unweigerlich der Zusammenbruch folgt und der „Einbruch der Faschisten“.

## Schiedspruch für englische Eisenbahner

### Mäßiger, gestaffelter Lohnabbau.

London, 6. März. (Eigenbericht)

Die Schlichtungskammer für das Eisenbahnenwesen hat nach wochenlangen Verhandlungen ihren Schlichtungsspruch gefällt. Der Mindestlohn bleibt bestehen. Darüber hinaus werden alle Löhne um 2½ Prozent gekürzt. Bei einem Wochenverdienst von mehr als 40 Schilling beträgt die Kürzung 5 Prozent. Auch die Bezahlung der Überstunden und der Sonntagsarbeit wird verringert.

Durch diesen Spruch ist ein Eisenbahnerstreik vermieden worden. Wenn er auch an die Eisenbahner eine harte Zumutung stellt, so entläßt er viel mehr die Eisenbahngesellschaften, die eine etwa dreifach höhere Lohnverminderung verlangt hatten und zugleich die Bezahlung von Überstunden und Sonntagsarbeit nach dem einseitigen Lohnsatz erstrebten. Die dem Schlichtungsausschuß angehörigen Gewerkschaftsvertreter begründeten in einem besonderen Gutachten die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die allein ihre Rentabilität für die Zukunft sichern könne.

Wetter für Berlin: Nach Schneefällen teils heiter, teils bewölkt, ohne wesentliche Niederschläge, Frost. — Für Deutschland: Überwiegend, stichweise Schneefälle, auch im Südwesten Zunahme des Frostes.

Verantwortl. für die Redaktion: Herbert Poppe, Berlin; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin; Verlag: Hermann Berlin & Co., m. b. H., Berlin; Druck: Hermann Berlin & Co., Berlin; Druckerei: Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage.

# Gardinen-Möbelstoffe

6 Billige Ausnahme Tage!

Landhausgardinen, moderne, hübsche Muster, ca. 60 cm breit	Mtr. 0.75 0.58 0.25
Etamine, Bandstreifenmuster, weiß und farbig, ca. 150 cm breit	Mtr. 0.85 0.68 0.58
Tüll-Gardinenstoffe, moderne Blumenmuster, ca. 130 cm breit	Mtr. 1.25 0.95 0.68
Kunstseiden-Noppenrips, gemustert, gute Qualität, ca. 120 cm breit	Mtr. 4.50 2.95 1.95
Stores-Meterwaren, Gitterstoff mit Klöppeleinsätzen, Mtr. 2.95 1.95, mit Kunstseidenstreifen	Mtr. 0.95
Tüll-Garnituren, dreiteilig, weiche Qualitäten, volle Größen, Schals ca. 300 cm lang	Stück 9.75 8.50 6.50
Voile- u. Mull-Garnituren, dreiteilig, gemustert u. glatt weiß, neueste Formen	Stück 17.50 13.50
Kunstseiden-Rips-Garnituren, viele Farben und schöne Formen	Stück 19.50 14.50
Bettdecken, einbettig, ca. 130/250 cm groß, Tüll Stück 4.50 2.45, moderner Gitterstoff	Stück 1.95
Bettdecken, zweibettig, große Auswahl in Tüll Stück 5.50 3.90, in Etamine	Stück 2.95



Das Haus der billigen Standard-Preise

Ein Posten Seiden- u. Wollkleider sowie Uebergangs- und Frühjahrmäntel 5.00 Mk. und 7.50 Mk. auf Ausstellischen u. Sonderständen zum Selbstausuchen

BERLIN N, SWINEMÜNDER STR. 86 (Ecke Lortzingstr.). 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen

**Sonnabend, 7. 3**  
Staats-Oper Unter d. Linden 187. A.-V. 20 Uhr  
Die Entführung aus dem Serail Ende 22½ Uhr

**Sonnabend, 7. 3**  
Städt. Oper Bismarckstr. Turnus IV 20 Uhr  
Galathea Lord Spleen Ende 22½ Uhr

**Staats-Oper**  
Am Platz der Republik. 19½ Uhr  
Die Hochzeit des Figaro Offiziell. Kartenverkauf Ende g. 23 Uhr

**Staatl. Schauspiel**  
(am Gendarmenmarkt). 161. A.-V. 20 Uhr  
Agamannon Ende n. 22½ Uhr

**Staatl. Schiller-Theater, Charitbq.**  
20 Uhr: Zum 1. Male  
Die Bekämpfung des Fredys Pistora Abonnements-Gutsch. unbillig Ende 22½ Uhr

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
Tägl. 8 Uhr. Im weißen Haaß. Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung billige Preise. Regie: Erik Charrel

**Volksbühne**  
Theater am Blümlplatz. 8 Uhr  
Hans Albers in Liliom Vorstadtlegende von Franz Molnar

**Staatl. Schiller-Th.**  
8 Uhr  
Die Bekehrung des Fredys Pistora

**Theater am Schiffbauerdamm**  
8 Uhr  
Der Dompieur

**Theater d. Westens**  
Täglich 8½ Uhr  
Schön ist die Welt Franz Lehárs Operetten-Erfolg Sonntag, nachm. 10½ billige Preise Schön ist die Welt

**STEINMEIER**  
TANZ SCHÖNER FRAUEN Eintritt freil! KABARETT CAFE KAL

Das ist (6) RUNDFAHRT A.G.

das berühmte Tanz-Kaffee u. Kabarett

**STEINMEIER**  
FRIEDRICHSTRASSE 96 AM BAHNHOF.

**Deutsches Theater**  
8 Uhr  
Der Hauptmann von Köpenick v. Carl Zuckmayer Regie: Heinz Hilpert

**Kammerspiele**  
9½ Uhr  
Pariser Platz 13 von Vicki Baum Regie: Gustav Gründgens

**Die Komödie**  
9½ Uhr  
Die Fee von Franz Molnar Regie: Stefan Hock

**Lessing-Theater**  
Täglich 8½ Uhr  
Die schöne Alexandra Lessaff, Schallmer, Fok. Tappernann, Silla Sonntags 4 Uhr Kleine Preise Viktoria und ihr Kaiser

**SCALA**  
Tägl. 2 Vorst. 8 u. 8½ Uhr  
Barbarossa 9/250  
Nehm. 50 Pf. bis 3 M. abends 1 bis 5 M.  
Dollie u. Billie Dance Fables Co. mit Estelle Matters und weiteren Attraktionen.

**PIAZZA**  
Tägl. 5 u. 8½  
Sonnab. 2. 5 u. 8½  
E 4, Alex. 8066  
Nehm. 50 Pf. — 1 M., abds. 1-2 M.  
Bu-Bu Der Wunder-Schimpansé Peter Piel, Das Original Raymonde Riou, Barbaquett usw.

**KABARETT ALTBAYERN**  
AM BAHNHOF FRIEDRICHSTR. 94  
Ab 8 Uhr Tanz-Kabarett, 19 Illustrierten  
H. BENDOW u. R. PFEIFFER  
12 Uhr Nachbegrüßung Kasino u. Keller 6 Uhr

**Trabrennen Ruhleben**  
Sonntag, den 8. März nachmittags 1 ½ Uhr



# Die Entwicklung Mexikos

Eine Uebersicht / Von Wilhelm Tietgens

Die Vorgänge in Mexiko haben auch bei uns in Deutschland ein lebhaftes Interesse gewedt. Die Zeitungen berichteten über den Kampf der mexikanischen Regierung gegen zwei gewaltige Gegner: die katholische Kirche und das usamerikanische Delkapital. Wir hörten von ständigen Revolutionen 1910 bis 1920, von Calles' Kulturkampf 1926 bis 1929, von Obregons Ermordung 1928 und von der Wahl des neuen Präsidenten Rubio 1929. Als dann Staat und Kirche einen (vorläufigen?) Vergleich abgeschlossen hatten und Rubio wie zum Zeichen der Ausöhnung seinen ersten Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten machte, wurde es in den Zeitungen still um Mexiko. Die Periode des intensivsten Aufbaus ist nicht spannend genug für drahtliche Tagesmeldungen.

Dafür erlebt der Büchermarkt seine Mexikoinflation. Bücher jeder Art kreisen in großer Zahl um das Problem der mexikanischen Neugeschaltung. Den Freunden und Mitgliedern der Büchergilde Gutenberg sind die ausgezeichneten Mexikobücher von Travas bekannt. Eine packende dichterische Schilderung der Revolution liefert uns der Mexikaner Mariano Azuela in seinem wichtigen Roman „Die Kotte“, der in guter Uebersetzung und angenehmer buchtechnischer Ausstattung bei Kindt u. Bucher, Gießen, erschienen ist. Hier spricht ein Schriftsteller zu uns, der mit seinen Romanen und Novellen die Weltliteratur erobert hat, weil er die Blut und die Wildheit des Mexikaners — dieser Geschicht des tropischen Landes und seiner quatschvollen Geschichte meisterhaft schildern kann.

Daß von dem starkselbigen Roman Ernst F. Löhdorffs „Bestie Ich in Mexiko“ (Dieck u. Co., Stuttgart) bereits die 6. Auflage erscheint, beweist, wie sehr dieses glückliche Gemisch von Abenteuer, Revolution, Laskheit und Erotik die Leser zu fesseln vermag. Ueber Land und Leute unterrichtet man sich jedoch besser anderswo, obgleich dieser Roman gute Einzelbilder aus dem Leben und den Verhältnissen der eingeborenen Indianer und eine lebendige Schilderung der Straßzüge des Revolutionärs Billa bringt. Dagegen sind die Journalistenberichte von Joachim Rügheimer, die als Buch „Das tolle Mexiko“ bei Peter F. Neffstaedt, Berlin, erschienen sind, an Flachheit und Gewissenlosigkeit nicht zu überbieten.

Das wissenschaftliche Interesse an Mexiko ist nicht minder lebhaft als das dichterische und journalistische. Die Leipziger Graphischen Werke haben in der „Sammlung interessanter Entdeckungstreffen“ eine Darstellung der Eroberung von Mexiko herausgebracht, die eine besondere Betrachtung verdient.

Um die historische Erforschung Mexikos macht sich der Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, verdient, indem er als 24. Band seiner berühmten Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer“ die erste deutsche Bearbeitung der berühmten Chichimeca-Chronik des Don Fernando de Alva Ixtlilxochitl (1568—1648) herausgibt. „Das Buch der Könige von Tezcucan“ (bearbeitet von Dr. Bonie, 160 Bl. 2,80 M.), reich illustriert und in guter Ausstattung, schildert uns Aufbau und Kultur des alten mexikanischen Reiches in der bis herreichen Sprache des indianischen Chronisten. Die Naturwissenschaften sind in dem „Wanderbuch eines deutschen Gelehrten, kreuz und quer durch Mexiko“ von Prof. Dr. Karl Reich vertreten. (Deutsche Buchverlagen, Leipzig.) Das Buch sucht und findet seinen Wert und seine Anerkennung darin, daß es naturgeschichtlich interessierten Lesern Vorgänge und Gegenstände aus der herrlichen Natur Mexikos vor Augen führt.

Der politische und wirtschaftliche Kampf Mexikos, das machtvolle Aufwärts und Vorwärts der Republik mit wechselnden Erfolgen und Rückschlägen, das gewaltige Ringen, dessen wir alle — wenn auch nur aus der Ferne — interessierte Zeitgenossen waren und sind, das alles findet seine wissenschaftliche Darstellung in dem hervorragenden Buch „Mexiko erwacht“ von Prof. Dr. Adolf Reichwein (Bibliographisches Institut, Leipzig 1930, mit 15 Karten und 48 Abbildungen, Ganzl. 8,50 M.). In fleißigster Arbeit werden uns der Stand der Fronten, die geographischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen des Kampfes, seine kulturellen und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge dargestellt.

Aber nicht darin allein liegt der Wert dieser vorzüglichen Arbeit. Der Verfasser will die Entwicklung Europas, unseres eigenen Schicksals an dem Beispiel Mexikos aufzeigen. Dieses Mexiko führt uns der Verfasser vor Augen: Erschließung und Freigabe von Ackerland, Festigung der sozialen Ordnung, Bündnis zwischen Staat und Arbeiterschaft, Lösung des panamerikanischen Problems.

Die mexikanischen Revolutionen und die nachfolgenden innerstaatlichen Unruhen sind nichts anderes als der große Kampf der Eingeborenen gegen die Feudalherrschaft fremdstämmiger und eingewanderter Unterdrücker. Der Kampfruf „Land und Freiheit“ führt ebenso wie der Wahlspruch der Sozialpolitik „Die Erde gehört denen, die sie bearbeiten!“ zu dem agrarischen Grundgedanken der mexikanischen Neuordnung.

Die „Estados Unidos de Mexico“ d. h. Vereinigte Staaten von Mexiko, sind über viermal so groß wie Deutschland. Die Bevölkerung von 14 Millionen verteilt sich sehr ungleich über das gesamte Gebiet. Nur begrenzte Gebiete des südlichen und mittleren Hochlandes gefallten bei der zum Teil intensiven, aber noch freigerungsfähigen Bevölkerung eine stärkere Zusammenballung der Menschen, so daß diese Staaten mit einer Dichte von etwa 30 und darüber pro Quadratkilometer doch schon überbevölkert sind. Dagegen sind weite Gebiete des Südens und der große Rest des Landes mit einer Bevölkerungsdichte von oft unter 5 pro Quadratkilometer in einer fast schwachen Bewirtschaftung, nur wenig ausgenutzt. Eines intensiven Bewirtschaftung widerprechen jedoch die Besitzverhältnisse.

Seit dem Tode der Erbschaft und der klüglichen Erbschaft

Mexiko liegt der ganze Besitz des Landes in den Händen der wenigen spanischen Herren, die die Kultur des mexikanischen Indios zerstörten und ein grausames Feudalsystem errichteten. Die bäuerliche Gemeinwirtschaft, die unserer früheren ländlichen Wirtschaftsform sehr ähnlich war, fiel auseinander, die Indios wurden Sklaven der Großgrundbesitzer. Im Laufe der Zeit entwickelte sich, zumeist aus den Mischlingen, ein bäuerlicher, aber unbedeutender Mittelstand.

Bei dieser Betrachtung muß man sich frei machen von der europäisch-hochmütigen Auffassung, daß der mexikanische Indianer (85 Proz. der Bevölkerung!) und der mexikanische Mischling (13 Proz. der Bevölkerung, von diesen wiederum etwa die Hälfte in indianischem Stil lebend!) unkultiviert oder minderzivilisiert seien. Die Forschungen über die erstaunlichen Kulturschätze des

Der Entwicklungsprozeß der sozialen Revolution führte folgerichtig zu einem Bündnis zwischen den Trägern der siegreichen Revolution und der neuen Regierung — eine alte Lehre, die bei uns in Deutschland so wenig verstanden wird. Mit dem Erfolg der Revolution wurden die Revolutionäre die feste Stütze der neuen Staatsform und der Regierung, wurde diese Regierung „ihre“ Regierung. Damit übernahm die revolutionäre Arbeiterschaft einen großen Teil der Sorgen und der Verantwortung der Regierung. „Damals waren wir eine Handvoll Agitatoren, und heute, nach den Erfahrungen des täglichen Kampfes, haben wir uns zu dem Standpunkt durchgerungen, daß die Industrie geschäftlich werden muß, damit das ganze Volk gedeiht“, heißt es in einer Erklärung der Gewerkschaftsführung. Es wird festgestellt, „daß die organisierte Arbeiterschaft bereit sei, mit den Unternehmern wie mit der Regierung zusammenzuarbeiten zum höchsten Zwecke des Augenblicks, nämlich der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der mexikanischen Industrie, der Unabhängigkeit der mexikanischen Wirtschaft und der Stärkung des Binnenmarktes für mexikanische Produkte“.

Selbstverständlich fehlen nicht die radikalen Dogmatiker, die von „Arbeiterrerrat“, von einem „mexikanischen Thermidor“ und von einem „Bündnis zur Ausbeutung der Proleten“ reden. Sie verstehen nicht, was es bedeutet, wenn der Präsident Calles in einer Rede erklärt: „Das Ideal meiner Regierung, das sich mit dem Ideal meines Volkes deckt, ist, die große Masse dieses Volkes aus Armut und Unwissenheit zu befreien, ihren Lebensstand zu verbessern, sie zu lehren, besser zu essen, ihnen Schulen zu geben, sie auf ein höheres Niveau der Zivilisation zu heben, eine homogene Nation aufzubauen und die Spannung zu beseitigen zwischen einer Handvoll Mexikaner, die sich der Bequemlichkeit freuen, des Wohlstandes und verfeinerten Lebens, und auf der anderen Seite der großen Masse von Mexikanern, die durch jede Tyrannei ausgebeutet werden, durch jede Verwaltung vernachlässigt, in Elend, Dunkel und Peiden begraben.“

Ebenso wenig fehlen die Rufe von „Kulturbohemismus“, von „roten Ketten“ und dergleichen. Man sehe für Calles die Namen Severing oder Braun, für Rubio — Breußen, und man studiert an der Darstellung der Vorgänge in Mexiko sehr gewissenhaft und treffend behandelt die innere Problematik unseres eigenen Schicksals.

Zu diesen innerpolitischen Schwierigkeiten und Aufgaben kommt noch der Druck außenpolitischer Belastung, der neuorganisierte Staatswesen immer besonders schwer trifft. Für Mexiko heißt dieser Druck: Nordamerika und Auslandsschulden.

Die Verschuldung des Staates, durch die Revolutionen gestiegen, ließ einen Wiederaufbau nur einseitig nach weiterer Verschuldung. So wurden für ein internationales Bankkomitee unter amerikanischer Führung die Desproduktionssteuer verpfändet und die Einnahmen der zwangsläufig privatisierten Eisenbahnen sichergestellt, um neue Anleihen aufnehmen zu können. Die Gesamtsumme der gegenwärtigen Schuld von 1100 Millionen Pesos (!) beträgt 45 Jahre — wer wird bei diesen Angaben nicht an den Young-Plan erinnern?

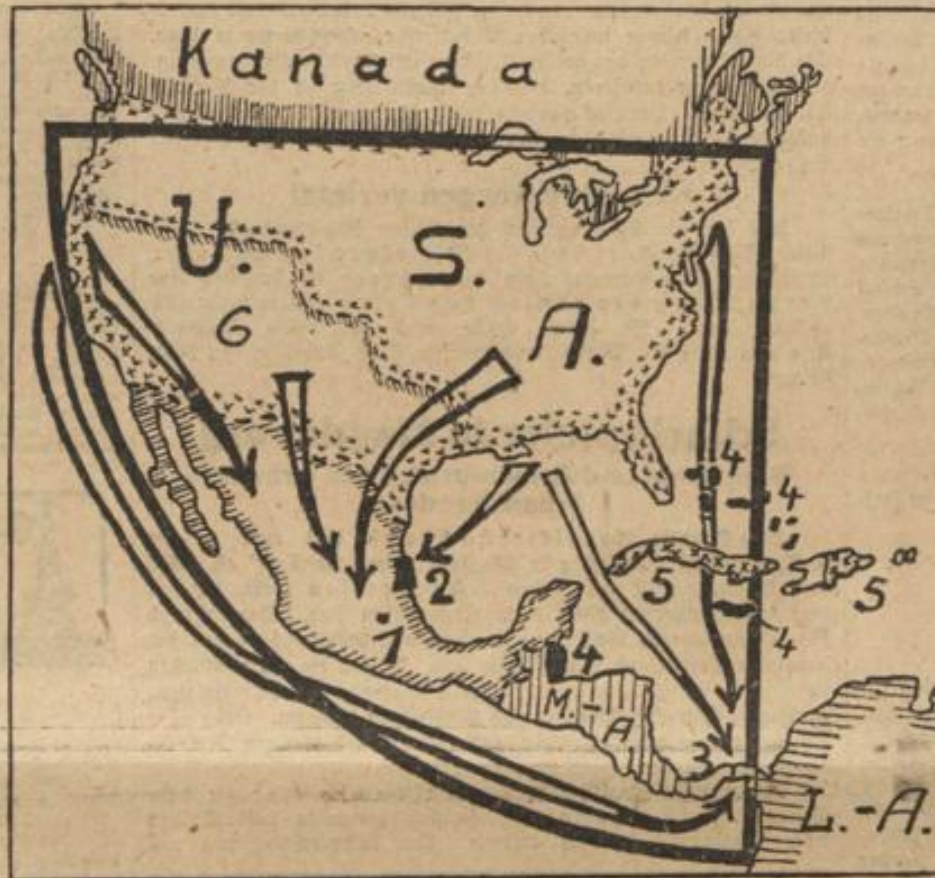
Die innere und äußere Verschuldung Mexikos weist auf einen anderen wirtschaftlichen Zusammenhang. Die panamerikanische Bewegung in USA hat zu einer Kapitalexpansion geführt, die in starkem Maße die mittelamerikanischen Staaten betrifft. Mexiko liegt im Brennpunkt dieser Interessen, es ist sein Schicksal geworden, daß es Vorfeld für das reiche Lateinamerika ist und daß seine USA-nähe Goldgrube bei Tampico sein solltätig ist. So sind unzählige Millionen usamerikanischen Kapitals in Mexiko investiert, und der hartnäckige diplomatische Deltkamp hat gezeigt, daß das Weiße Haus in Washington gewillt ist, mit allen Mitteln die Interessen seiner Bürger zu schützen.

Wir erinnern uns, daß Mexiko als Bizekönigreich Neu-Spanien noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts über doppelt so groß war wie heute, daß es im Nordosten ungefähr bis zum Mississippi und im Nordwesten bis zum Großen Salzsee reichte. Nachdem es im Schutze der Monroe-Doktrin 1821 von Spanien unabhängig und zu einer liberalen Republik geworden war, ging der Staat Texas (1835) zu den USA über. Im anschließenden Kriege verlor Mexiko alle Gebiete nördlich seiner heutigen Grenze (1848). Mit dem Vorrücken USA über die Inseln bis zum wichtigen Panamakanal geriet Mexiko völlig in den Machtbereich des „coloso del Norte“, des Kolosses im Norden. Die Skizze veranschaulicht seine Lage in dieser amerikanischen Jange, die erst dann zu einer für beide Teile segensreichen Beziehung werden wird, wenn die zwischenstaatliche Grenze gefallen ist.

Wie weit diese Annäherung schon gediehen ist, zeigen die Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen. Im Außenhandel Mexikos sind die USA mit etwa 70 Proz. vertreten. Mit zahlreichen Eisenbahnen ist Mexiko an die Hauptlinien der USA angeschlossen, die enge Schiffsverbindung ist augenfällig und nenerdings gehen auch transamerikanische Luftverkehrslinien zu den wichtigsten Städten Mexikos.

Uamerikanische Presse und Films verdrängen die bisher herrschenden europäischen Nachrichtenquellen und wirken intensiv für den wirtschaftlichen Zusammenstuf, dem der politische folgen wird.

„Die USA-Politik wird zum regulativen Prinzip der mexikanischen. Der Weg nach Panamerika führt über Washington.“ Und während wir den Gedanken Panuropa kaum distillieren, während sich die Europäer noch nicht daran gewöhnt haben, sich selbst als politische Einheit zu begreifen, sind in Amerika „Zeichen da, daß der Weg endlich aus Bernunft beschritten wird“. Doch auch wir diese neue Form, daß auch wir unser Panuropa finden müssen, lehrt das erwachte Mexiko.



Mexiko im usamerikanischen Interessensfeld: Der Triangel veranschaulicht den geschlossenen Machtbereich der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Pfeile zeigen das Vordringen der USA. nach Mexiko und Mittelamerika. Es bedeuten: 1 Mexiko-Stadt, 2 Oelfelder von Tampico, 3 Panamakanal (unter Aufsicht der USA), 4 britische Besitzungen, dem jetzt an USA. verlorenen Weg zum Panamakanal, 5 Inselgruppe im Besitz der USA., Weg zum Panamakanal und Latein-Amerika, 6 die an USA. verlorenen Gebiete Mexikos. M.-A.: Mittel-Amerika, L.-A.: Latein-Amerika.

Azielenreiches widerlegen, ebenso wie die kulturellen Leistungen der Indios im 19. und 20. Jahrhundert, nämlich daß sie Mexiko aus einer Kolonie zu einem selbständigen Staat machten, diese falsche Meinung, die nur verbreitet ist, um die Herrschaft einer Keinen Würde und die Ausbeutung des Landes zu rechtfertigen.

Wir müssen erkennen, daß sich in der mexikanischen Revolution ein Bauernvolk gegen seine Versklavung erhebt, so wie bei uns die Bauernkriege eine soziale Revolution waren. Der Erfolg der mexikanischen Revolution besteht vorerst darin, daß große Besitzungen, die vorher nur wenig bewirtschaftet waren, aufgeteilt und an die landhungrigen, nunmehr freigewordenen Indios als Ackerland vergeben worden sind.

Dieser Erfolg der Revolution muß aber erst — wie der Erfolg jeder Revolution — zu einem festen Bestandteil der Gesellschaftsordnung werden. Das heißt und heißt nach für Mexiko, den Indio auch in jeder Hinsicht zu einem freien und leistungsfähigen Bauern zu machen, die neue Ordnung der Wirtschaftsbeziehungen in allen Teilen des ideologischen Ueberbaues weiter zu entwickeln und in allen Lebensäußerungen sichtbar zu machen.

Bei dieser konsequenten Aufbauarbeit, die durch die enge Verflechtung aller Lebens- und Gesellschaftsformen sich überaus schwierig und kompliziert gestaltet, stieß die Regierung auf den heftigen Widerstand der katholischen Kirche. Der Siegeszug der katholischen Spanier in Mittel- und Südamerika hatte den neuen Erdteil zugleich dem Katholizismus erobert. Die katholische Kirche wurde für die Hilfe, durch die Glaubensgebote den Großgrundbesitz zu schützen, selber Großgrundbesitzer — auch hierin liegt eine Parallele zu unserem Feudalsystem. Die doppelte Herrschergewalt der katholischen Kirche ließ sie nicht nur all die Jahrhunderte hindurch jede soziale Verantwortung gegen ihre indianischen Mitglieder vergessen, sondern sie führte sie bei der Durchführung der Verfassung gegen die Regierung. Im Rahmen „Christi des Königs“ wiegelten die Priester die plötzlich in ihrem Seelenleben bedrohten Indios gegen die „Ordnung, die Gewalt über ihn hat“, auf und führten sie zum rebellischen Kampf für die ökonomische Machtstellung der Kirche. „Die Regierung ist der Teufel!“ war der Schreiesruf, der die gläubigen unwissenden Indios fanatisierte und zu Aufruhr und Mord trieb. Die mexikanische Regierung wurde von der Kirche selbst in Europa als „infamste Regierung der Welt“, als „Hausen täuflicher verräterischer Nordgefallen“ beschimpft.

Wir haben den Höhepunkt dieses Kulturkampfes miterlebt, als die ganze katholische Welt aufgerufen wurde gegen die „Christenverfolgungen des neuen Kero“, d. h. Calles. Und wenn 1929 ein für beide Seiten trostbarer Vergleich, ein Konkordat, den scharfen Kampf vorerst absetzte, so ist auch das für uns ein Lehrbeispiel nachrevolutionärer Entwicklung. Stehen wir doch ebenfalls im Bemühen, in Kompromissen und Akkompromissen Boden und Kraft zu gewinnen für moderner europäischen Fortschritt.



